

An den
Regierungspräsidenten

Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

per Mail: gisela.walsken@brk.nrw.de



Heimbach, den 5. Dezember 2012

Raumordnungsverfahren „Trianel“ PSW Rursee Regionalplan-Verfahren für den Regierungsbezirk Köln -Teilabschnitt Region Aachen-13. Regionalplanänderung –Wasserspeicherkraftwerk Rurtalsperre

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

wie Ihnen sicherlich bekannt geworden ist, haben sich die Bürger der Rureifel in den von den vorstehenden Planänderungsverfahren betroffenen Regionen zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen und den Verein

Rettet den Rursee e.V.

gegründet. Der Verein wendet sich hiermit an Sie, mit der Bitte um Beteiligung an den laufenden Planungsverfahren.

Ziel des Vereins ist die Erhaltung des Rursees in seiner bisherigen Wasserqualität und Nutzungsmöglichkeit, der Naturlandschaft rund um den Rursee sowie der naheliegenden Erholungsgebiete für den Tourismus durch Abwehr von Eingriffen durch das von Trianel geplante Pumpspeicherwerk.

Das Pumpspeicherwerk, dessen Nutzen und Notwendigkeit nicht belegt ist, wird unzweifelhaft eine massive Beeinträchtigung der Naturlandschaft, der Wasserqualität, des Erholungsgebietes und des damit verbundenen Tourismus zur Folge haben. Der Verein hat sich als Aufgabe gesetzt, diese Beeinträchtigungen durch die Einwirkung der Bürger auf Entscheidungsprozesse der Vorhabensträger zu unterbinden oder zumindest so zu vermindern, dass Natur und Umwelt keinen Schaden nehmen. Der Verein vertritt keine eigenwirtschaftlichen Interessen und ist gemeinnützig. Die Gemeinnützigkeit ist bereits anerkannt.

Der Verein hat seit seiner Gründung vor wenigen Wochen bereits mehr als 2.000 Unterstützer. Er repräsentiert einen wesentlichen Teil der Bevölkerung und vertritt die Interessen der von der Baumaßnahme unmittelbar und mittelbar betroffenen Bürger, Gewerbetreibenden, Segler, Sportler und Naturliebhaber. Der Verein arbeitet eng mit den in dieser Sache betroffenen Städten Heimbach und Nideggen zusammen, die den Zusammenschluss der Bürger begrüßt haben und unterstützen wollen.

Aufgrund dessen wird beantragt,

den Verein „Rettet den Rursee e.V.“ als Beteiligten im Raumordnungsverfahren und Regionalplanänderungsverfahren aufzunehmen und mit einzubeziehen.

Der Verein, der grundsätzlich alle sinnvollen Maßnahmen für eine Energiewende begrüßt, hat bereits in vielfältiger Weise seine Bedenken gegen das beabsichtigte Pumpspeicherwerk zum Ausdruck gebracht.

Es gibt bisher keinerlei Nachweis und Beleg für eine Notwendigkeit zum Bau dieses „Mammutprojektes“ zur Sicherung der Stromversorgung. Man hat sich bisher nicht einmal bemüht gesehen, derartiges darzulegen. Vielmehr hat der Investor Trianel ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass mit dem Pumpspeicherwerk im Wesentlichen eigenwirtschaftliche Interessen verfolgt werden. Ein solches, rein eigenwirtschaftliches Interesse, kann aber derartige massive Eingriffe in die Landschaft, das Naturschutzgebiet und den Rursee nicht rechtfertigen. Es muss schon ein Konzept, bezogen auf den Strukturwandel bei der Energieversorgung, vorgelegt werden, welches das vorliegende „Mammutprojekt“ als unausweichlich ausweist.

Hinzu kommt, dass ein Pumpspeicherwerk, welches mehr Strom verbraucht als es erzeugt, nach Aussagen von anerkannten Fachleuten technisch überholt ist und sich für die Sicherung der Stromversorgung bessere „gebietsorientierte“ Modelle anbieten. Pumpspeicherwerke sind „Auslaufmodelle“.

Als besonders risikobehaftet und gravierend muss der Umstand angesehen werden, dass Trianel keinerlei Erfahrungen mit der Errichtung eines solchen Pumpspeicherwerkes besitzt. Alle von Trianel gemachten Prognosen beruhen somit nicht auf Erfahrungswerten, sondern sind reine Vermutungen und Annahmen, die nicht sachlich fundiert begründet werden können. Es handelt sich also bei dem Bauprojekt eindeutig um ein „Experiment“, dessen Folgen für die Menschen, die Umwelt und Natur – nicht zuletzt aber auch für den Tourismus, den Wassersport und den Freizeitwert der gesamten Region – nicht absehbar sind.

Wie unglaublich die Aussagen von Trianel sind, belegt die Tatsache, dass die Verlegung einer 380 kV-Höchstspannungsleitung unterirdisch in der vorgesehenen Ausführung und Länge bautechnisch praktisch nicht möglich und damit nicht umsetzbar ist. Hierzu gibt es eindeutige fachkundige Aussagen.

Wir wenden uns daher gegen diese Maßnahme.

- Wir verlangen ein Mitspracherecht, wenn unsere Landschaft durch ein überflüssiges Großprojekt verunstaltet und zerstört werden soll.
- Wir verlangen ein Mitspracherecht, wenn unsere Wiesen, Wälder und Naturschutzgebiete aus reinem Profitinteresse zu Industrieflächen umgewandelt werden sollen.
- Wir verlangen ein Mitspracherecht, wenn ein Energiehändler aus Eigennutz unsere Landschaft und den Rursee zu einer landschaftsvernichtenden Strombatterie umgestalten will.
- Wir verlangen ein Mitspracherecht, wenn ein nicht ausgereiftes Großprojekt mit vielen nicht belegten Behauptungen und ohne wissenschaftliche Nachweise zur Genehmigung bei der Bezirksregierung vorgelegt wird.
- Wir sind der Ansicht, dass die eingereichten Trianel-Unterlagen einer objektiven Überprüfung durch unabhängige Experten nicht standhalten werden.
- Wir sind der Ansicht, dass eine Änderung des Raumordnungsplans zu Gunsten des Stromhändlers - nur aufgrund der durch die Trianel GmbH vorgelegten und von Trianel bezahlten Fachbeiträge - unverantwortlich ist und nicht im Interesse des Raumordnungsge setzes sein kann.
- Wir sind der Ansicht, dass Trianel die Energiewende als Vorwand benutzt, um aus billigem Atom- und Kohlestrom (aus den Grundlastkraftwerken, die, Dank EEG, immer öfter zu Verfügung stehen) satte Gewinne einzustreichen.

- Wir sind der Ansicht, dass in der Beurteilung der Auswirkungen der 380kV Erdleitung durch Schmidt und Hausen auf das „Schutzgut Mensch“ in der Trianel–Ausarbeitung schwere Versäumnisse vorliegen, da die möglichen, gesundheitlichen Risiken und Gefahren für die Anwohner nicht erwähnt werden.

- Letztlich und zusammenfassend sind wir der Ansicht, dass Trianel den Nachweis der Notwendigkeit eines Pumpspeicherwerks bisher nicht angetreten hat.

Es lässt sich feststellen, dass Trianel in seinen Anträgen nicht den nötigen Nachweis der Unbedenklichkeit oder Verhältnismäßigkeit liefert.

Wir fordern Sie hiermit auf, die Rechte der Bewohner der Rureifel auf ihr gesundheitliches Wohlergehen und die Unversehrtheit ihrer Dörfer und Landschaft höher zu bewerten als die monetären Interessen eines Energiekonzerns.

Wir fordern die Einstellung dieses landschaftsvernichtenden Großprojekts, dessen Leidtragende letztlich die Steuerzahler sein werden.

Wir fordern von Trianel, auf die weitere Planung und den Bau des Pumpspeicherwerks Rur zu verzichten und zu ihrem Wort zu stehen, keine weiteren Schritte bei Ablehnung des Projekts durch die Bevölkerung zu setzen. Zumal sich nach Heimbach nun auch die 2. Rursee-Gemeinde, die Stadt Nideggen, am 04. Dezember 2012 mit einem einstimmigen Votum gegen das Trianel Pumpspeicherwerk ausgesprochen hat.

Insofern fordern wir die Bezirksregierung auf, den Antrag der Trianel GmbH als Gesamtes zu verwerfen.

Mit freundlichem Gruß

Ursula Freifrau von Gagern (Heimbach)
Werner Löhner (Nideggen)
Reinhard Menzer (Simmerath)
Die Vorsitzenden der Bürgerinitiative Rettet den Rursee

Karl-H. Krischerplatz 1
52396 Heimbach

www.rettet-den-rursee.de
info@rettet-den-rursee.de

Kopie: Regionalrat, Verfahrensbeteiligte, Presse